LZ-Rheinland

Artikel vom 31.07.2024 · Ausgedruckt am 11.11.2026, 09:26 Uhr

Online: https://lz-rheinland-staging.p-k3txh2.project.space/nachricht/nicht-nur-bauernverband-gegen-lokale-strompreise

Nicht nur Bauernverband gegen lokale Strompreise



Foto: imago/Christian Ohde

Vor einer Aufteilung des deutschen Strommarkts in unterschiedliche Preiszonen warnt der Deutsche Bauernverband (DBV) gemeinsam mit 14 anderen Spitzenverbänden der deutschen Wirtschaft. Eine Teilung der bislang bundesweit einheitlichen Stromgebotszone hätte Marktverwerfungen und den Verlust von Wettbewerbsfähigkeit zur Folge, heißt es in der Erwiderung der Spitzenverbände auf einen Gastbeitrag führender Energieökonomen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), in dem die Wissenschaftler zu Reformen am deutschen Strommarkt aufgerufen hatten. Die Wissenschaftler plädieren für regionale Strompreiszonen in Deutschland, die das reale Verhältnis von Energieangebot und -nachfrage vor Ort abbilden. Die Wissenschaftler führen an, dass dadurch Investitionen in Regionen mit viel erneuerbarem Strom angekurbelt würden.

Wenig überzeugt von dieser Argumentation zeigten sich die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Bereits heute seien die Strompreise in Deutschland im internationalen Vergleich ein Standortnachteil. Größere Neuinvestitionen würden daher bei lokal steigenden Preisen umso mehr außerhalb Deutschlands oder gar Europas getätigt werden.

Auch der Bauernverband sorgt sich um die Planungssicherheit im Lande, sollten die Vorschläge aus der Wissenschaft umgesetzt werden. DBV-Energieexperte Johann Meierhöfer verweist gegenüber dem Pressedienst Agra Europe (AgE) auf die vielen landwirtschaftlichen Betriebe, die mit ihren Biogasanlagen, Solaranlagen und Windrädern das Rückgrat der erneuerbaren Energien in Deutschland seien. Diese Investitionen seien im „Vertrauen darauf getätigt worden, dass die Rahmenbedingungen sich nicht abrupt ändern“, gibt Meierhöfer zu bedenken. Durch eine möglicherweise jahrelang andauernde Umgestaltung des Strommarktdesigns würde die Planungssicherheit in Gefahr gebracht werden.